

Volks-Zeitung

Einheitslohn: Dito Rusche, Berlin-Zeitung.

Einheitslohn	0,20	Wasser	0,15
Milch	0,22	Reichsindex	0,15
Friketts Keller	1,28	Strossenbahn	0,15
Gaskoks Keller	2,27	Reichsbahn II 0,25	III 0,15
Stromo Grundbes.	0,18	St. Bahnh. II 0,25	III 0,15
Gas	0,18	0,18	Teil 0,15
		0,18	0,18

Letzte Kleinhandelspreise der Berliner Zentralmarkthalle

Zufuhr in Fischen reichlich

Kabeljau	0,25-0,30	Seelachs	0,25-0,40	
Schellfisch	0,30-0,35	Rotbarsch	0,40 bis	
0,60	Floander	0,20-0,25	Dorsch	0,25
0,40-0,50	Lebend. Aale	2,00-2,50		
2,80 d. Pfd.	Butter	2,00-2,20		

Freise unverändert

d. Pfd. grüne Heringe	5 Pfd. 0,90	in		
das Hechte	0,80-0,90	Zander	0,90-2,50	
Karpfen	1,25-2,00	Hechte	1,10 bis	
1,50	Heringe	0,80-1,50	Schleie	2,50 bis
das Stück				

Druck und Verlag: Rudolf Woffe, Berlin.

Fei 0,15, ausw. a. 200. u. Zeit. Fei 0,17 d. Wort Berlin 0,05
 R. P. 0,15, a. 200. u. Zeit. Fei 0,17 d. Wort Berlin 0,05
 Postk. 0,05, F. u. Post 0,05, Verl. Schweiß, 0,15
 Ausl. 0,15, Tschech. u. Ung. 0,16, Dtsch. Post, 0,15
 Brief 0,05, Fern- u. Post 0,10, Post 0,10, Dtsch. Post, 0,15
 Ausl. 0,25, Tschech. u. Ung. 0,20, Russl. 0,35, Ver. Staat 1,25-2,00

Keine Verschärfung des Eisenbahnerstreiks

Anschluß Tempelhof und Treptow an den Streik - Am Mittwoch Einigungsverhandlungen - Aufrechterhaltung des Güterverkehrs

Die Lage im Eisenbahnerstreik hat keine wesentliche Veränderung erfahren. In Berlin haben sich heute den Streikenden die Arbeiter von den Rangierbahnhöfen Tempelhof und Treptow angeschlossen. In Dresden streiken von 30 000 Eisenbahnarbeitern etwa 5000 und in Breslau ist von den Streikenden bereits ein großer Teil zur Arbeitstätigkeit zurückgekehrt, so daß dort etwa nur noch 300 Mann im Ausstand verharren. Die Hauptverhandlungen zwischen der Direktion der Reichseisenbahnverwaltung und den Organisationen der Streikenden finden, entgegen anderslautenden Meinungen, erst am Mittwoch vormittag im Verkehrsministerium statt. Bis dahin wird von anderen maßgebenden Stellen, so auch vom Reichsarbeitsminister, der Versuch gemacht werden, durch einen Schlichtungsausschuß die Streitigkeiten zu beendigen.

Der Allgemeine Eisenbahnerverband teilt uns zu der Streiklage folgendes mit: Die Tarifvertragsstellen der Eisenbahner, insbesondere solche aus dem besetzten Gebiet, hatten sich dazu entschlossen, am 31. Januar die Vollparagrafen des Tarifvertrages mit Wirkung zum 28. Februar zu kündigen. Im Wege der gütlichen Verständigung sollte mit der Verwaltung der Reichseisenbahn eine Einigung in der Lohnfrage erzielt werden. Der Wunsch der am niedrigsten entlohnten Eisenbahner war insbesondere noch mehr gestiegen, als in Erfahrung gebracht wurde, daß den höheren Eisenbahngewerkschaften außerordentliche Sonderzulagen gezahlt wurden, während die geringe Lohnerhöhung der Eisenbahnarbeiter angeblich von der Direktion nicht getragen werden konnte. Dies gab Anlaß, daß in Sachsen die Arbeiter an den Güterbahnhöfen der Eisenbahn in den Streik traten und dieser sich jetzt auf fast alle Großstädte ausbreitet. Die Lage verschärfte sich dadurch noch besonders, daß in der vergangenen Woche bei den Lohnzahlungen den Arbeitern für die fünf Minuten Trauerpause, die zu Ehren des verstorbenen Reichspräsidenten allgemein angelegt worden war, ein Lohnabzug von einer halben Stunde eingeleitet wurde.

Seitens der Reichseisenbahnverwaltung wird uns hierzu mitgeteilt, daß von einer Verschärfung der Streiklage heute nicht mehr gesprochen werden kann. Die Bahnverwaltung ist bemüht, rechtlichen Güterverkehr aufrecht zu erhalten und zu diesem Zweck zahlreiche Beamte der Personalverwaltung mit den Arbeiten der Streikenden betraut, so daß auf fast allen Bahnhöfen der Güterverkehr abgewickelt wird.

Dresden, 9. März.
 Die Reichsbahndirektion Dresden erklärt heute, in Sachsen befinde sich 4700 Eisenbahner im Ausstand. Im Ertägungsverkehr hätten durch die am Sonntag durchgeführte Bodenarbeit die Wägen für den Güterverkehr in Krümmung getreten sind heute die Eisenbahnarbeiter in Krümmung

Schnelldienst

Der Reichsarbeitsminister hat heute in Begleitung des Reichsjustizministers und des Handelsministers nach Berlin die Messe in Bezug auf die Beschäftigung im Projekt G. d. B. besucht. Der Reichsarbeitsminister hat heute in Begleitung des Reichsjustizministers und des Handelsministers nach Berlin die Messe in Bezug auf die Beschäftigung im Projekt G. d. B. besucht. Der Reichsarbeitsminister hat heute in Begleitung des Reichsjustizministers und des Handelsministers nach Berlin die Messe in Bezug auf die Beschäftigung im Projekt G. d. B. besucht.

Triff Braun zurück?

Einmütige Verurteilung der sozialistischen Sonderkandidatur

Der Gedanke einer sozialistischen Sonderkandidatur für die Reichspräsidentenwahl wird in der republikanischen Presse, abgesehen von der sozialistischen, einmütig verurteilt. Es ist überaus bezeichnend, daß es weniger die Parteiblätter als gerade die unabhängigen und überparteilichen republikanischen Organe sind, die die Sonderkandidatur am schärfsten ablehnen. So hat Herr v. Gersdorff in der „Welt am Montag“, daß ihm „kaum ein so großer taktischer Fehler aus der ganzen Geschichte der Sozialdemokratie erinnerlich ist“, wie die Sonderkandidatur Braun. Der „Montag Morgen“ faßt seine geradzu vernichtende Kritik in folgenden Sätzen zusammen:

Die Sozialdemokratie hat in den letzten Jahren und Monaten eine Politik betrieben, die ihre Stimmzahl sehr ansehnlich vermehrt, zugleich aber - ein Paradoxon ohne Beispiel! - ihren politischen Einfluß fast vernichtet hat. Dieser Verlust der Parteipopularität unter gleichzeitiger politischer Restauration wollen die Herren von Hermann Müller offenbar auch weiterhin zugehen lassen. Sie werden am Tage nach der Wahl jubelnd feststellen, daß ihre Stimmzahl größer ist als diejenige irgendeiner anderen Partei, und die kleine Zahl der Stimmen, die Braun erhalten wird, wird ihnen von seiner erheblichen Bedeutung scheitern für uns aber, für die Politik gleichbedeutend ist mit der Fähigkeit, Ziele zu erreichen, - eine Fähigkeit, die wir jetzt wieder in hohem Grade auf der rechten, mit feinem Spitzbuben aber bei der Sozialdemokratie leben! - was folgt mir zu einer Partei, die den Brauns nicht mehr schätzen kann, und die jeden Versuch einer vernünftigen Erfolgspolitik in dem Augenblicke selbst aufgibt, immer wieder verurteilt? Die Herren mögen sich nicht wundern, wenn ihnen gesagt wird, daß sie mit solcher Leichtfertigkeit ihre Politik verfolgen, sich auf Kooperationen mit ihnen überhaupt noch einzulassen. Nichts anderes ist die Voraussetzung, nicht die Partei, politisch handlungsfähig ist, was es an Ergebnis, nicht auf Manifestationen ankommt. Davon bemerkt man in der Partei Hermann Müllers jetzt keine Spur.

Das „Berliner Tageblatt“ sieht in dem Versuch vor allem ein Verlassen der Führerschaft.

Der Entschluß der obersten sozialdemokratischen Parteifunktionäre, für den ersten Wahlgang des Kampfes um die Reichspräsidentenwahl eine Sonderkandidatur ihrer Partei aufzustellen, wird in weiten Kreisen der verfassungstreuen Parteien nicht beifallig und aufwärts blickend betrachtet. Dieses Bedauern richtet sich nicht gegen die Person des am Ende der Wahl stehenden, im Gegenteil, wenn die Sozialdemokratie durch einen Bewerber aus dem eigenen Reich präsentieren wollte, so konnte sie nach Edes Abgabe keinen besseren Mann finden. Aber daß sie in dieser entscheidenden Frage den Parteipolitikern nicht überwinden und ihrer Abhängigkeit nicht die weitestgehende Befreiung, aber durch die höhere Rücksicht auf die Festigung der Republik gebotene Einigung auf einen gemeinsamen Kandidaten der verfassungstreuen Parteien zu empfehlen mochte, ist ein Verlassen der Führerschaft. Diese Stunde erfordert eine Politik auf weite Sicht, nicht ein schändliches Zurückweichen vor den Bedrohlichkeiten lokaler Parteifunktionäre. Politische Führerschaft heißt: Die Kraft haben, Widerstrebende zu überzeugen und die notwendigen Rücksichten der Agitation zu großen Teilen der Parteipolitikern fortzusetzen. Diese Kraft hat den Führer der Sozialdemokratischen Partei am letzten Tage ungenügend geleistet. Wir sind gewiß, daß dieser Entschluß auch in weiten einsichtigen Kreisen der Sozialdemokratie mißbilligt werden wird.

Auch die „Vossische Zeitung“ nennt die sozialistische Sonderkandidatur „höchst bedauerlich“, und sie betont, daß man schon um des moralischen Grundes willen die republikanische Einheitsfront sofort hätte bilden müssen.

Bei dem sozialdemokratischen Beschluß springt vor allem die Infantilität der Führung in die Augen. Die „B.Z.“, die den Standpunkt der Sozialdemokraten „definitiv und satzungsgemäß“ nennt, hofft, daß Otto Braun, ein Staatsflüchtling seine Parteigenossen übertritt und durch nachträgliche Ablehnung der Kandidatur den Weg für eine republikanische Einheitsfront frei macht.

Der Beginn der Tagung des Völkerbundsrats

Zunächst eine vertrauliche Sitzung - Keine positiven Entscheidungen zu erwarten - Chamberlain will sich informieren - Die Frage des Beitritts Deutschlands

Genf, 9. März.
 Die Tagung des Völkerbundsrates nahm heute vormittag 11 Uhr ihren Anfang mit einer vertraulichen Sitzung. Der Vorsitz führt in dieser Session Chamberlain. In Erörterung, Haltung und Geschäftsabwicklung weist der britische Außenminister eine außerordentliche Wichtigkeit mit seinem berühmten Vater auf. Der Rat ist in einem der Komittees in der vertraulichen Sitzung trägt den Charakter einer vertraulichen Aussprache über die Tagesordnung.

Man wird gut tun, von dieser Haltung keine nach außen hin sichtbare positive Entscheidung in den großen europäischen Streitfragen zu erwarten. Chamberlain hat auf der Reise hierher seine Umgebungen ausdrücklich betont, daß der Zweck seines Aufenthaltes in Genf nur sei, sich mit den Ratmitgliedern persönliche Fühlung zu gewinnen und für die schwelenden Fragen des Garantiepatentes, der Sicherheit und der Abrüstung, die verschiedenen Meinungen möglichst genau festzustellen und den Standpunkt jeder der beteiligten Staaten mit dessen Vertreter zu erörtern. Deshalb wird sich das sachlich Wichtig hinter den Kulissen, in den Konferenzräumen des Völkerbundshauses oder in den Hotels der verschiedenen Delegationen abspielen. Das, was sich bei diesen vertraulichen Besprechungen ergibt, wird als Richtlinie für die Weiterentwicklung der Fragen in London, Paris, Brüssel, Rom, Warschau und wohl auch in Berlin dienen. Im Hintergrund aller Fragen steht die Frage des Beitritts Deutschlands zum Völkerbund. Man kann als eines der augenfälligsten Ziele der britischen Politik die Herbeiführung des Beitritts Deutschlands zum Völkerbund betrachten.

Londoner Stimmen zur Sicherheitsfrage

Die Unmöglichkeit der gegenwärtigen deutsch-polnischen Grenze

London, 9. März (M. F. B.).
 Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, wie erwartet sei nichts Greifbares und Endgültiges aus den Pariser Besprechungen hervorgegangen. In London nehme man kaum an, daß eine endgültige Entscheidung vor dem Sommer oder vielleicht auch vor Anfang Herbst erzielt werde. Es sei fast sicher, daß wegen der osteuropäischen Fragen langandauernde Schwierigkeiten entstehen würden.

Der Pariser Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, von britischer Seite werde die Pariser Meldung, Chamberlain habe die Meinung vertreten, daß der Vorkriegsstand sein würde, wenn er lieben Erlaube umfasse und Polen und die Tschechoslowakei einmütige. Der Berichterstatter vermutet, daß, wenn der Gedanke eines Frankfurter Beschlusses feststünde, in Frankreich eine Bewegung dagegen eingeleitet werden würde.

Der Pariser Berichterstatter des „Times“ schreibt zu den Besprechungen zwischen Chamberlain und Verriol, daß diese bisher noch keine gemeinsame politische Front er-

geben hätten. Ein wichtiges Ergebnis sei jedoch sicher erzielt: Die britische und französische Regierung stimmen nämlich darin überein, daß es notwendig sei, Deutschland eine unbedingte und faire Möglichkeit dafür zu geben, in das europäische Konzert unter der Voraussetzung der Gleichberechtigung einzutreten, um sicheres an der allgemeinen Befriedigung Europas mitzuwirken.

Der Korrespondent teilt mit, die britische Regierung habe keineswegs die Absicht, die im Friedensvertrag festgelegte Verpflichtung für das Rheinland zu verletzigen und heute nicht daran, die Bedeutung des Verfallens des Vertrages zu vermindern, doch könnten Regelungen außerhalb des Vertrages getroffen werden, die, wenn sie von Deutschland freiwillig angenommen würden, zu einer Kompensation berechtigen.

Die liberale „Morning Gazette“ betont ebenfalls, daß das deutsche Angebot eine neue Lage schaffen würde. Es sei möglich, anzunehmen, daß das englische Volk das Risiko eines Krieges für die Aufrechterhaltung von Vereinbarungen territorialer Art übernehmen werde, die nach der Auffassung der angestrebten öffentlichen Meinung eine grundsätzliche Ungerechtigkeit darstellten. Gerade diese Erwägung gebe dem von Deutschland gemachten Anerbieten seine wirkliche Bedeutung.

Der „Observer“ schreibt u. a.: Die deutsche Regierung habe nicht - und sein vernünftiger Mensch erwarte dies - eine gleiche Forderung bezüglich der Differenzen des Deutschen Reiches gemacht. Jede deutsche Regierung, jeder Deutsche vor äußerten Nationalisten bis zum äußersten Westlichen trete für die Wahrung der jetzigen polnisch-deutschen Grenze ein. Das Blatt hebt hervor, daß der Artikel 19 der Völkerbundsverfassung Revision des Vertrages ermögliche, und erklärt, es sei unbedingt sicher, daß ohne eine Aussicht auf Erleichterung der Wahrung der polnisch-deutschen Grenze den Westmächten gefährden werde. Die Annahmen, die Deutschland in London, Paris und Rom unterbreitet habe, seien zum erstenmal ein Zusammenwirken in einer praktischen Gestalt vor.

Eine Stimme gegen Englands Teilnahme am Pakt

Lord Beaverbrook's „Sunday Express“ legt seine Kritik an einer Vorkriegsbeteiligung Großbritanniens fort. Das Blatt weist nach, daß Frankreich trotz der entgegengesetzten Behauptungen der französischen Regierungen außerordentlich reich sei, sein Geld aber stattdessen zur Bezahlung seiner Schulden für die Welt auszugeben. England müsse daher erstens Deutschland und zweitens für eine Flotte und für Luftkräfte zum Schutz Englands gegen Frankreich zahlen. Ein Garantiepakt würde demnach, daß „die kleine britische Grenadiere auf den eigenen Schiffsdeck würden“.

Dr. Luther wieder unterwegs. Reichsminister Dr. Luther hat den von Professor Gombert Kerner geschaffenen Neubau der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft fertiggestellt. Er verbringt in den am Montag stattfindenden Gründungsfeierlichkeiten teilzunehmen.

Einberufung der Parteivorstände des Zentrums und der Demokraten

Die Zentrumsfraktion hat zur Besprechung der Reichspräsidentenwahlen den Reichsparteivorstand für Dienstag, den 10. März, nachmittags 6 Uhr, und den Reichsparteivorstand für Mittwoch, den 11. März, vormittags 10 Uhr, nach Berlin einberufen.

Der Parteivorstand der Deutschen demokratischen Partei ist für Donnerstag, den 12. März, nachmittags 2 Uhr, in den Reichstag zu einer Sitzung einberufen worden. Der Reichsparteivorstand für die Reichspräsidentenwahl ist für die nächsten Sitzungen werden die endgültigen Beschlüsse über das Vorgehen der Demokraten in der Reichspräsidentenwahl gefasst.

Derst zu Jarres „Noch keine Entscheidung“

Berlin, 9. März. (M. T. B.)
In einer Rede auf dem hier abgehaltenen rheinischen Parteitag der Deutschnationalen Volkspartei erklärte Dr. Derst, daß die Entscheidung über eine Einigung der Reichsparteien für die Reichspräsidentenwahl den Entscheidungsbefugnis über das Vorgehen der Demokraten in der Reichspräsidentenwahl gefasst.

Keine Zersplitterung!

Eine frühe Mahnung des Republikanischen Reichsbundes
In die Parteivorstände und Reichstagsfraktionen der republikanischen Parteien hat der Deutsche republikanische Reichsbund folgendes Schreiben gerichtet:

„Das gefasste deutsche Volk ist erfüllt von unendlicher Trauer und tiefstem Schmerz über den schweren Verlust, den es erdulden muß. Mit einer tiefen Anteilnahme nicht dagesessenen Gemütszustand betrachtet es den ersten Reichspräsidenten der deutschen Republik. Das deutsche Volk fühlt sich weit in die Kreise der schicksalhaftig mitschuldig gewordenen Reichsbürgern die übertragene Bedeutung eines führenden Reichspräsidenten, der, so fest er gewiss im Widerstand seiner Partei verbleibt, doch weit hinausgeworfen war über die Bindungen des rein Fraktionellen.“

Die von Friedrich Oberst so kraftvoll repräsentierten neue Epoche deutschen Staatslebens darf nicht wieder umkippen in eine Verwirrung, die so tief und so tiefen muß. Die sich allenthalben abzeichnende Verwirrung und allseitige wackelige Anerkennung für das erste republikanische Staatsoberhaupt müssen zur Grundlage für die republikanische Tradition Deutschlands werden. Diese Tradition muß aber nur geschaffen werden, wenn der Nachfolger Friedrich Obersts nicht nur die gleichen übertragenden staatsmännlichen Fähigkeiten für das höchste Amt der Republik mitbringt, sondern auch ein zugleich nicht als Kandidat einer einzigen politischen Partei, sondern als ein Vertreter der Stimmen des deutschen Volkes, der die erklärte Führer aller verfassungstreuen und republikanischen Schichten des deutschen Volkes ist. Wir richten deshalb an die Parteivorstände und Reichstagsfraktionen der republikanischen Parteien, zugleich wohl im Namen aller Deutschen, die in den letzten Tagen in ehrlicher Trauer an der Dahre Friedrich Obersts fanden, die Bitte, sollte zu sorgen, daß bereits im ersten Wahlgang dem deutschen Volke ein gemeinsamer Kandidat der drei republikanischen Parteien präsentiert wird.“

Reichsvorstand des Deutschen republikanischen Reichsbundes, Staatsminister A. D. Dornisch, Reichsminister A. D. Dr. Preuß, Oberbürgermeister Dr. Luppe.

Oberst's bleibendes Werk

Gedächtnisfeier des Demokratischen Vereins Waldeck

Eine besondere Gedächtnisfeier veranstaltete am Sonntag mittig der Demokratische Verein Waldeck, der seit beinahe 50 Jahren in Berlin als Sammelstätte aller Anhänger eines demokratischen Staates bekannt ist und in der Regel ganz selbstverständlich zu einer feinen Spitze der demokratischen deutschen Republik werden mußte. Und nun, wo es galt, nicht dem Parteiemann Oberst, wohl aber dem ersten und hervorragenden Repräsentanten dieser Republik die letzte Ehre zu erwirken, hat gerade der Verein Waldeck, der den Namen eines berühmten deutschen Freiheitsmannes trägt mit Recht eine besondere Bedeutung erlangt. Der Sitzungssaal des früheren Herrenhauses trug einfachen, aber würdigen Schmuck in Ornament und Schwarzrotgold, den alten Freiheitsfarben, für die auch Waldeck mit vielen der besten Deutschen einst gekämpft hat. Stimmungsbelebend wirkte das Kombination-Strichquartett, das die Feier einleitete.

Die Oberstfeier hielt Oberstadtrat Georg Bernhardt, der das bedeutendste Werk Friedrich Obersts besonders hervorhob; daß er sich mit aller Kraft in den schweren Tagen Deutschlands für die Demokratie und für eine vom ganzen Volk gewählte parlamentarische Vertretung eingesetzt und damit Deutschland vor dem Bolschewismus geschützt habe. Das hing damals viel mehr und sah denn gerade von Oberst ab, als seine demagogischen Schmäher es heute wieder über ihn hinweg zu tun wagen. Ohne Oberst hätte es nicht den Weg zum Reichstag gegeben, der den Weg zum Reichstag gegeben wäre, haben sich die heutigen Schreiber wohl nicht klar gemacht. Das deutsche Volk schuldet seinem ersten Reichspräsidenten den Dank der größten Dankes. Der Redner ging dann auf die zweite bedeutendste Errungenschaft ein, die beim Tode Obersts hervorgetreten ist: daß die deutsche Volkswirtschaft sehr wohl die Größe von Oberst zu erkennen und durch ihr Verhalten bei der Trauerfeier gezeigt haben, was der erste Führer der Republik und die Republik selbst Millionen deutscher Herzen bedeuten. Auch hier habe die deutsche Republik aus Ausländern einen so großartigen Eindruck gemacht, wie durch diese Summe Belegen erklärt, daß nach diesem Ereignis die deutsche Republik länger bestehen werde, als die Schöpfung Bismarcks, weil die Volkswirtschaft nicht, wie früher, nur Statistiken bei einem Staatschauspiel, sondern Mitwirkende und Träger am Bau des neuen Reiches gewesen sind. Das wird lebendig bleiben im Bewußtsein des deutschen Volkes.

Auch diese Feier hinterließ bei allen Zuhörern den nachdrücklichen Eindruck, daß der republikanische Oberst als lebendiges Staatsbewußtsein erhalten bleiben wird und trotz aller Schmähungen der aus ihrem früheren Einfluß verdrängten Herrschaftskräfte nicht mehr untergehen kann.

Das Milchgeschäft mit Barmat

Die Vernehmungen vor dem Landtagsausschuß — Eine widerprüchvolle Vertragsklausel — Barmats „Lieferheime“

Der Landtagsausschuß zur Untersuchung der Barmat-Affäre hat heute keine Verhandlungen fort. Zur Erörterung steht die Angelegenheit Barmat-Reichsfraktion.

Abg. Rüttner (Zos.) beruht, er lege voraus, daß Gürtner infolge der gegen ihn erhobenen Angriffe verlangen werde, geführt zu werden. Gegenwärtig werde nachträglich der ehemalige Reichswehrminister Robert Schmidt gehört werden müssen, gegen den in der letzten Sitzung auch Vorwürfe erhoben worden seien.

Bevor der Ausschuss sich dann seinem eigentlichen Thema zu heute zuwenden, nimmt er aus technischen Gründen die Befragung des 46-jährigen Staatssekretärs v. Willendorff vor. Er befindet sich seit 1919 in Begleitung des Abg. Weis beim Reichsminister für Ernährung, um eine Einbürgerung für Testen zu erhalten. Die zuständigen Staatssekretäre wendeten sich aus rechtspolitischen Gründen gegen die Einbürgerung von Testen.

Es wird dann die am Sonnabend abgetragene Vernehmung des Regierungsrats Wehmermann fortgesetzt. Er erklärt: Ich habe drei- bis viermal Julius Barmat persönlich gesehen und gesprochen, und er hat es allerdings bei diesen Gesprächen nicht unterlassen, seine Beziehungen zu den damals führenden Kreisen der sozialistischen Partei zu erwähnen und seinen Einfluß geltend zu machen zu lassen.

Barmat lebte in einem sehr vertraulichen Freundschaftsverhältnis zu dem damaligen Landwirtschaftsminister v. Hoffmann. Dieser Vertreter in Rotterdam, ein gewisser Herr Kommer, machte aus, daß Beziehungen Barmats auch nach dem Verlust der Geschäftstätigkeit im Haag bestanden. Einmal habe sich der Zeuge genau entsinnen. Es wurde damals einer seiner Kollegen von Barmat in freundschaftlicher Weise eingeladen, mit Barmat am Abend im Zentralhotel zu speisen. Er sprach sich mit ihm ab und über in seinem Ehrenamt. Später erklärte er, er habe eine große Gesellschaft vorgeschlagen, die in der Hauptsache aus bekanntennahen Personen bestanden, insbesondere der sozialdemokratischen Partei. Barmat, es war reichlich gegeben und auf gut gemacht worden, und man habe auch getan.

Vorleser Dr. Leibig kommt nochmals auf die Affäre des Konsumgenossenschafts zu sprechen.

Zeuge Wehmermann erklärt zur Frage des Vorlesers, daß der Vertrag mit Barmat allerdings von vornherein einen Fehler enthalte, es befand sich in ihm eine Klausel, die eigentlich nur dem Zweck dienen sollte, nämlich betr. der Testenlieferung, 16 Hektar Barmat brutto oder netto.

Der Zeuge habe damals gesagt, es habe erwidert 16 Hektar brutto oder netto bedingte. Ihm sei aber erwidert worden, daß ein Zweifel gar nicht aufkommen könne.

Vorleser Dr. Leibig erklärt, daß die Angelegenheit von den beiden Parteien verchieden ausgeführt wurde, und daß

wohl ein Mißverständnis hinsichtlich des Vertrages aufkommen konnte. Die Verhandlungen befristeten sich dann sehr ausführlich mit dieser Vertragsklausel in den mündlichen Verhandlungen mit Barmat wäre jeder Zweifel darüber ausgeschlossen worden, daß die 16 Hektar Milch enthalten mußten. Auch weiteren Fragen und Antworten geht hervor, daß die Klausel die schriftliche Bestätigung der mündlichen Vereinbarungen ihrerseits nicht beantwortet hat. Rüttner wendet sich die Verhandlungen, angelegt durch Dr. Zerborg (Zentralrat, Zp.), der Frage zu, welche Bedeutung bei den Geschäften mit Barmat den jeweiligen Lieferleistungen und Bezug auf die Bestätigung der Ware zukommt. Zeuge Wehmermann: Die Bestätigung lautete dahin, daß gegen Auszahlung dieses Lieferungsheimes die betreffende Partie zu bezahlen sei. Die Zahlung erfolgte durch die Partei, die bei einer Partei in Holland deponiert waren und gegen den Vertreter in der Amerika eingeschrieben worden mußten. Die Lieferheime der Amerika enthielten nichts weiter als das Produkt, nach Amerika gewiesen. Seit dem richtigen Dispositionsjahre auszuhandeln, einer gewissen Zeit dem richtigen Dispositionsjahre auszuhandeln.

Am anderen Parteitag konnte Barmat selbst auf nachweisen, daß er einen Liefervertrag in dieser Fassung mit dem Reichswehrminister v. Hoffmann abgeschlossen hatte.

Dr. Dr. Leibig teilt mit, daß sich aus den Akten ergebe, daß der einzige Mensch, der vom Reich aus über sämtliche Geschäfte Barmats mit dem Reich in Verbindung stand, der Herr v. Hoffmann war. Herr v. Hoffmann war der damalige Vorsitzende des parlamentarischen Ausschusses, bei dem der Ausschuss als Zeuge geladen ist.

Auf Frage des Abg. Wehmermann (Komm.) erklärt Zeuge Wehmermann, daß sämtliche Einlieferungen wie die des Herrn Barmat ins Zentralhotel nur durch eine Person abgehen konnten, sondern auch von anderen Firmen bei Geschäftsdarstellungen eingegangen und sich mitunter als unregelmäßig erwiesen.

Geldführer v. Hoffmann von der Reichsleitung ließ Auskunft über die mit Barmat geschlossenen Geschäfte. Die Partei seien 20 bis 30 Cent höher gewesen als die Marktpreise, dafür gab es aber sechs Monate lang. Die tatsächliche Lieferung war gering.

Die Anklagen lauteten je nach der Seite von der sie kamen, verschieden. Aber mit immer einem Inhalt übereinstimmend, was sollten wir machen? Ich habe meine Reise nach Holland vor lediglich der, aber nicht dem Reich zu fernhalten.

Der Zeuge gibt auf Fragen an, er sei auch von Barmat zu einer Geschäftsführung geladen worden, auf der auch Direktor v. Hoffmann teilgenommen habe. Er habe ihm einen Sitz im Reich gegeben, doch er an dem Diner teilnehmen sollte, während am selben Tage der Vertrag von Versailles abgeschlossen wurde. Das ganze Geschäft sei für Barmat eine große Spekulation gewesen. Barmat habe die Reichspartei geliebt, so hätte Barmat wahrscheinlich alles geliebt.

Derhyn-Berschelden und Bahn-Ziek

Waffen in Front — Vier Stunden Jagd — Straßrunden für von Kempen-Bauer und andere Masadoren Lorenz-Golde überwindet

In jeder Nacht hat es im 14. Ersatzregiment, das in dieser Beziehung in Berlin einzig dasteht, Vorbereitungen gegeben. Den Höhepunkt erreichte diese Jagd in der letzten Nacht. Die Besatzung der 14. Ersatzregiment hatten 12 Schüsse in die Höhe geschossen, die sich beinahe alle auf die Spitzengruppe geschossen. In den Werten hatten von Kempen-Bauer und Olivetti-Zonani ihren Punktverlauf weiter durchgeführt.

Nach Ablauf des halben Rennens waren am gestrigen Abend um 10 Uhr 1956,630 Kilometer zurückgelegt. Die 10 Uhr-Werlung zeigte folgendes Bild: 1. Spurt: Zonani, Bauer, van Ref. Berschelden. 2. Spurt: Reich, Kruppl, van Kempen, Olivetti. 3. Spurt: Reich, Kruppl, van Kempen, Olivetti. 4. Spurt: Reich, Kruppl, van Kempen, Olivetti. 5. Spurt: Reich, Kruppl, van Kempen, Olivetti. 6. Spurt: van Kempen, Schrage, Salchow, Kruppl.

Die Reihenfolge der Spitzengruppe war hiernach: 1. van Kempen—Bauer 100 Punkte, 2. Olivetti—Zonani 82, 3. Reich—Berschelden 72, 4. Bahn—Ziek 58, 5. van Ref—Salchow 56, 6. Lorenz—Golde 51, 7. Debatz—Hollembek 47, 8. Gohren—Ziek. Die nächsten Stunden verliefen vollkommen ruhig. Erst kurz vor 1 Uhr schloß Gottfried plötzlich aus dem Felde heraus. Männer war vor sofort zur Stelle. Da jedoch beide bei der Abholung nicht überreichte, waren sie von den übrigen Jägern gleich wieder überholt worden. Die Spitzengruppe hatte sich Debatz gleich wieder. Salchow fährt das Feld nach einigen Stunden wieder an die Spitze heran und verbleibt an der Spitze das Tempo herabzumindern. Diese Gelegenheit benutzte Bauer, um auszurücken. Van Kempen löste ihn gut ab und hatte sofort eine halbe Runde Vorprung herausgeholt. Hierbei mußten Lorenz-Golde, die überwindet wurden, aus der Spitzengruppe verschwinden. Aber noch immer eine weitere Mannschaft, verbleibe ich die Gruppe der führenden Reiter. Zonani—Olivetti hatten sich mit dem „Wagel“ auf Sicht zu toll getrieben und erhielten eine Strafbunde auferlegt. Von den schwächeren Mannschaften hatten Ziek—Behrendt und Schrage—Rufstow eine weitere Runde verloren. Um weitere drei Runden waren Gohren—Zerborg und Stellbrin—Zehmer zurückgefallen. Wegen schlechter Abholung wurden von Ref—Salchow, Debatz—Hollembek, Weber—Kruppl, Bahn—Ziek mit 100 Marx Geldstrafe belegt.

Als zu den 11 Uhr Spurts blieb es dann ruhig. Berlin und Berschelden kamen sich in der Wertungsdauer besonders hervor. Das Ergebnis war: 1. Spurt: Reich, Bahn, van Ref. Gottfried; 2. Spurt: Berschelden, Ziek, Zehmer, Schrage; 3. Spurt: van Kempen, Stellbrin, Berlin, Gottfried; 4. Spurt: Schrage, Salchow, Berschelden, Ziek; 5. Spurt: van Kempen, Gottfried, Berlin, van Ref; 6. Spurt: Berschelden, Debatz, Zehmer, Ziek; 7. Spurt: Olivetti—Olivetti hatten sich zum ersten Male in den Spurts die größte Zurückhaltung angeteilt. Nach Ablauf der Wertung gab es gleich eine 100 Marx Strafbunde. Die nächsten Stunden verliefen vollkommen ruhig. Erst kurz vor 1 Uhr schloß Gottfried plötzlich aus dem Felde heraus. Männer war vor sofort zur Stelle. Da jedoch beide bei der Abholung nicht überreichte, waren sie von den übrigen Jägern gleich wieder überholt worden. Die Spitzengruppe hatte sich Debatz gleich wieder. Salchow fährt das Feld nach einigen Stunden wieder an die Spitze heran und verbleibt an der Spitze das Tempo herabzumindern. Diese Gelegenheit benutzte Bauer, um auszurücken. Van Kempen löste ihn gut ab und hatte sofort eine halbe Runde Vorprung herausgeholt. Hierbei mußten Lorenz-Golde, die überwindet wurden, aus der Spitzengruppe verschwinden. Aber noch immer eine weitere Mannschaft, verbleibe ich die Gruppe der führenden Reiter. Zonani—Olivetti hatten sich mit dem „Wagel“ auf Sicht zu toll getrieben und erhielten eine Strafbunde auferlegt. Von den schwächeren Mannschaften hatten Ziek—Behrendt und Schrage—Rufstow eine weitere Runde verloren. Um weitere drei Runden waren Gohren—Zerborg und Stellbrin—Zehmer zurückgefallen. Wegen schlechter Abholung wurden von Ref—Salchow, Debatz—Hollembek, Weber—Kruppl, Bahn—Ziek mit 100 Marx Geldstrafe belegt.

laren hatten, mußten sie bestimmungsgemäß aus dem Rennen ausgeschleudert. Am Schluss der Jagd war Lorenz zu Fall gekommen, es mußte jedoch um 2 1/2 Uhr das Rennen neutralisiert werden. Die Reihenfolge der Spitzengruppe war hiernach:

1. Spurt: Berschelden 93 Punkte.
2. Bahn—Ziek 66.
- Eine Runde zurück:
3. van Kempen—Bauer 110.
4. Olivetti—Zonani 82.
5. Salchow—van Ref 62.
6. Debatz—Hollembek 40.
7. Gohren—Madon 27.
- Zwei Runden zurück:
8. Reich—Kruppl 51.
9. Mannen—Gottfried 22.
10. Weber—Kruppl 27.
- Drei Runden zurück:
11. Stellbrin—Zehmer 24.

Gegen 2 1/2 Uhr wurde die Neutralisation aufgehoben und sofort wieder die Jagd wieder ein. Jetzt verblieben die großen Reiter ihre Runde wieder zurück zu gewinnen. Van Kempen—Bauer und Salchow—van Ref konnten aber nicht erfolgreich sein. Da Berschelden—Zerborg auf dem Boden waren. Erst gegen 6 Uhr trat Ruhe ein. Nach Ablauf der Neutralisation, in der sich die Jäger sehr löhnten, hatte das Feld 229,690 Kilometer hinter sich gebracht.

Die H. D. M. C. Fahrt

Die 8. Etappe Kollod — Kiel

Als die Deutscheschiffahrt die alljährliche meßburgerische Universitätsfahrt am Sonntag früh 8 Uhr verteilte, setzte ein harter Schneeeinbruch ein. Von Kollod an Hagelte es in großen Röhren. Trotzdem erreichte alle, etwa 230 in Kollod gestarteten Teilnehmer das Etappenziel bis 10 Uhr. Die einzigen Klaffen führer, die Durchschmittgeschwindigkeit von 38 Kilometern pro Stunde erzielten, man rechnet mit einem hohen Prozentsatz von Strafpunkten. Der Ausfall von Teilnehmern ist relativ gering. Von den etwa 340 in Kollod Gestarteten sind noch gut 300 im Meer.

Berhängnisvolle Aufwandsfälle

Sieben Personen schwerverletzt

Infolge der geringen Niederschläge und der dadurch hervorgerufenen Schlupfrigkeit des Straßensplitters ereigneten sich zwei schwere Automobilunfälle. In der Reichstraße, Ecke Bellenballe, geriet gestern Abend ein Auto beim Überfahren der Bäume an Schindern und fuhr mit voller Kraft gegen einen Baum. Das Auto stürzte um und begrub die sieben Insassen unter sich. Der Chauffeur Anton Scheffer, der Kaufmann Bruno Ziegler und dessen Ehefrau erlitten Arm- und Beinbrüche sowie schwere innere Verletzungen. Die anderen Fahrgäste, der Verwaltungsleiter Christian Kraus, dessen Ehefrau und der Kaufmann Kurt Bahn konnten nach Abklingung von Notverbanden nach ihrer Wohnung gebracht werden. Die verunglückten Wagen von Eigentümern der Geschwister in Spandau und Berlin wurden von ihren Besitzern abgegeben. Am Samstagmorgen ließ die Reichsstraße IA 8156 in voller Fahrt mit einem schwerem Zusammenstoß. Dieses führte um, wobei der Händler Paul Kramer und dessen Ehefrau schwer verletzt wurden. Der Chauffeur hatte die Ansicht der Polizei die Straße ergriffen und den geräumtesten Wagen in Sicht gelassen.

